

# Volks-Zeitung

Jahrgang 213

für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 424

Bezugspreis: für kleine und sonstige Bezüge monatlich M. 1,50, vierteljährlich M. 2,20, für den Rest des Monats je nach Post, Verlagsort.

Abend-Ausgabe

Anzeigenpreis: Die Spalte 35 mm breite mm-Spaltenpreis 60. Die Spalte 30 mm breite mm-Spaltenpreis 80.00. Abat nach Zeit, Erklärungen, Besondere, Elementar-Schriftleitung, — Verlaß am Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Freitag, 24. September

## Millerands Einzug ins Ellysée

Der Wahlsakt

v. Verfallis, 24. September.

**Sobas meldet:** Nach der Sitzung der Nationalversammlung übergab Justizminister L'opiteau Millerand die Urkunde seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik und brachte ihm im Namen der Regierung seine Glückwünsche dar. Millerand antwortete darauf:

Das siegreiche Frankreich muß seine Ruinen wieder aufbauen, es muß seine Grenzen verfestigen, und um dies zu erreichen, muß es die vollständige Durchföhrung aller durch die Grundzüge des Verfassungsvertrages ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen verlangen. Eine neue Parole ist ins Leben gerufen worden, die französische Demokratie muß im Einklang mit ihren Wählern über den Fortbestand und über weitere Entschärfung nachdenken. Der Präsident der Republik hat die besondere Aufgabe, unter Mitwirkung der Minister und der Präsidenten der Kammern die Fortsetzung einer Außenpolitik zu sichern, die unseres Sieges und unserer Taten würdig ist. Die Rede Millerands wurde mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen. Darauf begab sich der neue Präsident ins Ellysée, wo ihm der Justizminister das Rücktrittsschreiben des Kabinetts überreichte; er stützte dann den Präsidenten der Kammern und des Senats einen Wunsch ab und empfing die Vorhänden der verschiedenen parlamentarischen Gruppen. Er erklärte ihnen, daß er zur Fortsetzung des unternehmen Wertes darauf zähle, mit den Mitgliedern des Parlaments in enger Prüfung zu bleiben.

Der Kongreß trat am Donnerstag nachmittag 2 Uhr zur Wahl des Präsidenten der Republik auf. Die Abstimmung ergab folgendes Ergebnis: Anwesend wurden 892 Stimmen abgegeben. Davon fielen auf Millerand 695, auf Doumergue (sozialistischer Kandidat) 108, auf Delors (sozialist) 69, auf Jonaud (linksrepublikanisch) 3, auf Leon Bourgeois (radikal) 3, auf Rams 3, auf Raoul Varet (linksradikal) 2, auf General Raubdy 1. Der Präsident des Kongresses Leon Bourgeois erklärte hierauf Millerand als vom Kongreß zum Präsidenten der Republik gewählt. Nach der Verkündung des Wahlergebnisses begab sich Bourgeois in den an den Sitzungssaal angrenzenden Saal, um Millerand das Glückwunschtelegramm mitzuteilen, und ihm zugleich die Glückwünsche des Parlaments zu übermitteln. Millerand wurde mit fröhlichem Beifall beim Verlassen des Kongreßsaales begrüßt. Schließlich bewegte er sich dankend. Millerand wird am Freitag nach Paris zurückkehren. Das Wahlergebnis fand allgemeinen Beifall. Die Parole: „Es lebe Millerand!“ wurden an zahlreichen Stellen gehört.

Die Wähler gaben übereinstimmend, daß die aus der Präsidentenwahl sich ergebende Ministerliste fast gelöst sein würde. Millerand wird gleich morgen die Beratungen beginnen. Wie es den Anschein hat, hat Briand die meisten Aussichten, Reichsleiter Millerand zu werden. In diesem Fall wird Briand auch Minister des Äußeren werden und das Kabinett wird feierlich sonstige Änderungen erfahren. Die Kammer wird am Sonnabend zusammentreten. Wenn das Ministerium bis dahin nicht gewählt ist, wird sie nur eine formelle Sitzung abhalten und sich auf Dienstag verschieben, um die Wahlkraft des neuen Präsidenten und die Regierungserklärungen entgegenzunehmen.

Stadt, die einzelnen Gemeinden, die Kreise und die Provinzen verteilt werden sollen. Ueber den Verteilungsschlüssel hierzu hielt der Vertreter des Finanzministeriums Geheimrat Professor Geymayer einen einleitenden Vortrag. Am Anschließ kam wurde von mehreren Seiten das Begehren geäußert, daß der vorgeschlagene Verteilungsschlüssel den schon früher wohlhabenden Gemeinden gegenüber den schon früher hart betroffenen Gemeinden einen Vorteil gewähre. Es wurde angesetzt, die Verteilung nicht nur nach dem bisherigen Vertrag der Einkommensteuer, sondern nach dem Vertrag der Einkommensteuer und der Wählerzahl vorzunehmen. Nach einer längeren Aussprache, in der sich besonders die Abgeordneten Kraft (Hr.), Gerle (Hr.), Barren (Hr.), v. Sries (Deutschnat.), Dr. v. Richter (D. S.) und Schmedding (Hr.) beteiligten, wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

## Die sozialistische Machtprobe in der Reichshauptstadt

In der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung fand in der Generalausprache über den Bericht des Wahl-ausschusses eine gründliche Abrechnung der bürgerlichen Fraktionen mit den beiden sozialdemokratischen Parteien statt. Unter größtem Mißbrauch der augenblicklichen Machtverhältnisse haben die Unabhängigen und die von ihnen ins Schlepptau genommene „Mehrheitssozialdemokratie“ bei der Wahl der Stadträte die Bürgerlichen in der rückfälligen Weise ausgeschaltet und unter Verletzung nicht nur aller demokratischen Grundzüge, sondern auch der klaren Gesetzesbestimmungen einfach die Liste unter sich verteilt. Und sie haben sich nicht geschämt, indem sie nur belobte Stadträte wählten, ihre Fortschrittspolitik völlig aus dem Auge zu lassen. Wie haben die Macht und werden sie ausüben, lautet ja die Forderung. Die Dr. Wel, der Führer der Unabhängigen und ungetreue König der deutschen Reichshauptstadt, ausgegeben hat. Und sie benutzen die Macht, um lediglich ihre Parteiquagiatoren in die besoldeten Ämter zu schieben, ohne daß man überhaupt nach ihrer Eignung und Vorbildung dazu fragen dürfte. Nicht einmal die Vorstellung der Kandidaten wurde für nötig befunden; sie sind uns hinreichend bekannt, das genügt! Die Bürgerlichen sollten also unbedenklich frühere Kellner, Gelegenheitsarbeiter, Krieger usw. zur Stadtratswahl einer Vermittlungs-Gemeinde wählen. Aber nicht mehr, man laßt im Lager der Unabhängigen gar keinen Wert darauf, ob die Parteien der Unabhängigen bei der Wahl mitmachen oder nicht, mit Hilfe der bei diesem Anstand den Wählern zur Verfügung stehenden und Verdrerb verschriebenen S. D. Der hatten sie in die Mehrheit und das anzuwenden. Das brutale Ueberfrimmen und Entzweien der Bürgerlichen betrieben sie mit dem frechen Hohn des politischen Straßenräubers. Der Protest von Hunderttausenden von christlich-deutschen Eltern gegen die Wahl des jüdisch-identifizierten „Stadtschulrats“ Löwenthein, die Warnung der verantwortlichen Stadträte vor der Wahl Anders als Leiter des Groß-Berliner Verkehrsvereins, solchen Stimmen bestanden die Genossen um Wel und Rosenfeld nur in ihrem opportunistischen Treiben. So lieh in ihrer verblendeten Parteipolitik aus der deutschen Hauptstadt ein Chaos machen, in dem alles drüber und drunter geht, das ist ihnen gleichgültig.

Die bürgerlichen Parteien haben demgegenüber schon in den Ausschüßungen durch Verlassen des Saales protestiert. Das sollten sie auch bei einer Verhandlung, in der man ihre Darlegungen und Vorschläge, mögen sie noch so berechtigt sein, gefentlich und bösartig mit Nichtachtung übergeht. Sie leben, daß man die besten Kandidaten beiseite schiebt, weil sie bürgerlichen Parteien an gehören, und die ungetreuen Leute in die verantwortungsvollen Ämter schiebt, nur weil sie auf die rote Fahne der Unabhängigen schwören. So blieb denn in der Generalausprache über den Bericht des Wahlausschusses nichts weiter übrig, als nochmals mit aller Entschiedenheit gegen das rechtsdröhrige und sinnlose Treiben der sozialdemokratischen Parteien Protest zu erheben. Das taten nacheinander die Vertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Und das Mitgehende der Voten bewies, wie die Reichshauptstadt, die ihrer Gewalt- und Korruptionspolitik verhaftet wurden, schon für Schlag fassen. Die Bürgerlichen, so führte der Redner der Deutschnationalen aus, haben sich bereit gefunden, nach besten Kräften um Wähler Groß-Berlins mitzuarbeiten. Schreit man sie oder wider Recht und Gesetz beiseite, so lehnen sie die Verantwortung ab und betiteln sich nicht an der Wahl. „Sie“, so schloß er, zur Kritik gewandt, „haben die Machtfrage aufgerollt, nun fragen Sie auch allein die Verantwortung!“ „Machen wir!“ antwortete ein Burz der Unabhängigen. Es fragte sich nur, ob diese sozialistischen Parteien, die sich im Ansehen der formellen Herrschaft über die deutsche Reichshauptstadt bemächtigen, tatsächlich in Berlin noch die Macht in Händen haben. In demselben Zuge war auf dem Hauptplatzen eine große Demonstration der linksradikalen Elemente der Mittelmehrheit veranstaltet.

## Die rote Herrschaft in Groß-Berlin

Löwenthein „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ zum Stadtschulrat gewählt — Deutschnationaler Protest

Stadtschulrat Löwenthein

b. Berlin, 24. September.

Das Hauptereignis der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung war die trotz aller Proteste und Widersprüche erfolgte Wahl des Dr. Löwenthein zum Oberbürgermeister mit 108 gegen 84 Stimmen ein, die auf den bisherigen Stadtschulrat Neumann fielen. Am übrigen ging es in der Sitzung ziemlich gemächlich zu, dafür gab es eine andere, unerwartete Ueberraschung. Als man zur Wahl der sogenannten 30 politischen Stadträte übergehen wollte, brachten die bürgerlichen Fraktionen einen Antrag ein, in dem gefordert wurde, daß bei Bezeichnung der Stadtratskandidaten auch die bürgerlichen Fraktionen nach ihrem Stimmverhältnis berücksichtigt werden sollten. Es wurde gefordert, auch in Hinsicht auf die zu erwartende Veränderung des Gesetzes Groß-Berlin, Protest erhoben gegen die Bitte des Oberbürgermeisters, die nur Namen von Kandidaten aus den beiden sozialdemokratischen Fraktionen enthält. Der Antrag wurde „unbefriedigend“ abgelehnt. Sofort gab nun Stadtr. Neumann im Namen der Antragsteller die Erklärung aus, daß es für die bürgerlichen Parteien nun unmöglich geworden sei, sich an dieser Art von „Majoritäts-mechanismen“ zu beteiligen, und daß sie es ablehnen müßten, mit den sozialdemokratischen Fraktionen weiter zu verhandeln. Nach dieser Erklärung verließen die Mitglieder der bürgerlichen Parteien geschlossen den Saal. Das Wahlergebnis wurde hierauf durch die sozialdemokratischen Fraktionen allein weiter erledigt. Woher schon hatten sich die Mitglieder der deutschnationalen Fraktion von der Teilnahme an den Wahlen zum Stadtschulrat und Bürgermeister ferngehalten mit der Begründung, daß ihr Protest nicht beachtet werde. Die dem Antrag der Bürgerlichen vorangegangenen Wahlen ergaben mit überwiegender Majorität die Wahl Wolf Hitters zum Bürgermeister und Dr. Löwentheins zum Stadtschulrat.

Die gestrige Reichsversammlung ist am Donnerstagabend durch eine große Reichsversammlung nachgeholt worden. Wenige Stunden nach der Wahl des Dr. Löwentheins zum Oberbürgermeister des Berliner christlichen Schulwesens erhob diese Versammlung als erste ihre Stimme gegen diesen Wahlakt, der nun wirklich gefehlt ist. Ueber tausend Personen nahmen teil, die in den Reihen standen. Am Namen der Deutschnationalen Volkspartei (Besitz 6) leitete Lehrer Schübe, Stadtverordneter, die Versammlung. Seine Mitteilung, daß Löwenthein seinen Beifall für die Wahl mit anhaltenden Protesten aufgenommen. Mit dieser Wahl aber, hat er fast, sind nicht etwa unsere Protestveranstaltungen über-

füssig geworden, denn, jetzt fängt unsere Arbeit erst an. Die Deutschnationalen werden sich nicht zurückziehen. Der Fall Löwenthein bekommt er grundsätzlich und erweitert ihn zu einem Kampfsache für Neumalen in Preußen. Lehrer Schübe beauftragte die Qualität des Genossen Löwenthein, der ein Schulhüter und kein Schulmann sei, aus Löwentheins eigenen Schriften. Mit deutschnationalen Lehrer bewarzen den Streit, wenn uns aber einmal nichts anderes übrig bleibt, so sollen wir die Eltern auch geschlossen hinter uns stellen! (Stürmisch, langanhaltend, Beifall.)

Ab. Habermann betrachtet die Weiterwirkung des Falles Löwenthein auf unsere gesamte innerpolitische Lage. Deutschnationale Leute sprechen ungerne das Wort Streit aus. Aber die Notwehr kann uns doch dazu zwingen, es kann bald einmal das Wort erheben auf der ganzen Linie! (Stürmisch, langanhaltend, Beifall.) Nicht leichtfertig werden wir da vorgehen, sondern mit allen in Betracht kommenden Parteien, den Geistlichen, Lehrern, Eltern, uns gewissenhaft und gründlich beraten, daß, wenn wir dann rufen sollen, kein Wunsch zu belagern brauche, daß wir ihn bei der Durchführung im Sinne haben. Dann aber muß die Rundgebung in einseitig und geschlossen sein, daß jeder Widerstand wie Butter an der Sonne dahinschmilzt! (Stürmisch, anhaltend, Beifall.)

Stadtverordneter Parrer sprach sich besonders auf die Nielsenstraße der D. v. N. Nachbarn hin, die es verschuldet haben, daß der Berliner christlichen Eltern jetzt das Schandmal aufgedrückt wird.

Darauf wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Wir erwarten von der preussischen Staatsregierung und dem Oberpräsidenten, daß sie in Kraft ihres Auftrages die Mehrheit der Berliner Bevölkerung gegen die Vergewaltigung durch die Parteien einer Minderheit schützen. Sie erwarten von allen beteiligten Regierungskörpern, daß sie die öffentliche Leben Berlins gegen die Diktatur der Straßensicherheiten, von dem Minister für Volkserziehung, daß er gemäß dem bei den Wahlen zu den Elternbeiräten zum Ausdruck gekommenen Willen der Elternschaft und entgegen einseitigen Parteigebahren eine Minderheitsliste entgegenbringe, daß vorterritorialisches und geistliches Beist der Berliner Schule erhalten werden, von der Preussischen Landesversammlung, daß sie das Inkrafttreten des Gesetzes über die Bildung einer Stadtgemeinde Berlin am 1. Oktober 1920 vorläufig aufhebe und das Gesetz daraus abnimmt, daß die faktuelle und verfassungsrechtliche Grundlage Berlins hergestellt werde. Die Versammlung erwartet förmliche Unternehmung von Rumauchen zum preussischen Landtage und damit verbunden die Einlegung einer Regierung, die dem seit den Wahlen zur Preussischen Landesversammlung einmütigen Wunsch und dem Willen der Bevölkerung entspricht.

dem Beschluß des Reichstages einverstanden und so schnell als möglich in Angriff genommen werden soll. Es handelt sich nicht, wie die Berliner Zeitungen melden, um eine Vorlage gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Hauptaufschuß der preussischen Landesversammlung trat in der Beratung des Aufstufungsgesetzes zum Beschäftigungsgesetz ein. Dieses Aufstufungsgesetz soll feststellen, wie die aus dem Gesetz des Reichstages resultierenden Anträge an Preußen zu zahlenden Beträge auf den

## Allgemeine Arbeitsdienstpflicht

Am Reichstagsministerium wird, wie die D. P. erzählt, gegenwärtig an einer Denkschrift gearbeitet. Die Frage der Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht behandelte und auch bei Verdröbe aufgeführt, die bisher in dieser Richtung unternommen worden sind. Diese Arbeit ist als eine Vorbereitung anzusehen für die Durchföhrung des Reichsrechts- und Finanzprogramms, das von









